

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 23 – Verwaltungsmodernisierung

Dazu sagt für die innenpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Irene Fröhlich:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 061.04 / 18.02.2004**

## **Wir haben unsere Hausaufgaben zur Verwaltungsmodernisierung gemacht**

Unter der Überschrift „Weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe“ wird auf insgesamt elf Seiten ein bunter Strauß an Forderungen aufgestellt, die entweder schon Konsens sind, oder die wir an anderer Stelle immer schon mal wieder diskutiert haben.

Es geht um die Evergreens Verwaltungsmodernisierung, Abbau staatlicher Reglementierungen und norddeutsche Kooperationen.

Zur Verwaltungsmodernisierung: Schleswig-Holstein hat auf Landesebene die geringsten Personalkosten pro Einwohner von allen westdeutschen Ländern. Aber bekanntlich ist nichts so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, und einen Vorschlag hierfür erarbeitet.

Während die CDU noch überprüft oder überprüfen lassen will, sind wir schon zwei Schritte weiter und haben ein Konzept für eine neue Struktur der Landes-, Kreis-, Amts-, und Gemeindeverwaltungen erarbeitet. Wir haben drei Ziele als Grundlagen festgelegt: Mehr Bürgernähe und Service für den Bürger, mehr Demokratie auf kommunaler Ebene, erhöhte Kompetenz und verminderte Kosten bei der Aufgabenerledigung. Als Ergebnis ist ein konkreter Diskussionsvorschlag in Sachen Gemeindestruktur und Landesorganisation entstanden, der bisher leider der einzige geblieben ist.

Zum Abbau staatlicher Reglementierungen: Mit der Standardfreigabe haben wir uns in diesem Haus nun schon lang und breit auseinandergesetzt. Sie trifft – das muss festgehalten werden – nicht nur auf Freude bei den zuständigen Akteuren.

Als Beispiel lassen Sie mich die Vereinigung der Prüferingenieure für Baustatik zitieren, die es – als Leute, die wohl berufsbedingt schon nicht viel Worte machen – auf den Punkt bringen: „Deregulierung fördert Pfusch“.

Wir können als Land nicht das Heft aus der Hand geben. Wenn wir erkannt haben, welche Qualität eine Dienstleistung mindestens haben muss, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherzustellen, so können wir nicht erwarten, dass diese Qualität beibehalten wird, wenn wir lediglich eine „ausreichende“ Erfüllung der Aufgaben festschreiben. Wenn irgendwo die Standards teurer sind, als es erforderlich ist, dann sind wir gerne bereit darüber zu reden. Nur: Nennen sie Ross und Reiter und sagen sie den Bürgerinnen und Bürgern, welche Qualitätsstandards in Ihren Augen disponibel sind.

Zu der Forderung nach mehr Kooperation mit anderen Bundesländern: Fakt ist: Norddeutsche Kooperationen finden statt, und die Regierungsfractionen haben auch nie verhehlt, dass an weiteren norddeutschen Kooperationen gearbeitet werden soll.

Darüber hinaus sprechen Sie in Ihrem Antrag Themen an, die zwar diskutiert werden müssen, aber erst einmal unabhängig von der Frage der Kooperation der Länder. Als Beispiel sei hier die Frage nach einer Neuordnung des Verfassungsschutzes oder nach einem neuen öffentlichen Dienstrecht genannt.

Es ist im übrigen, das möchte ich nicht unerwähnt lassen, nicht besonders bürgerfreundlich, ein eigenes schleswig-holsteinisches Verfassungsgericht abzulehnen. Das hat nichts mit mehr Bürokratie zu tun. Sie wissen sehr wohl, dass es Lösungen gibt, die die Verwaltungsstruktur eines bestehenden Gerichts nutzen würden, und aus ehrenamtlichen Richtern bestehen. Das würde sehr bürgernahe schnelle Entscheidungen in verfassungsgerichtlichen Streitigkeiten bringen.

Fazit: Sie fordern Dinge, die entweder längst gemacht werden, oder die für sich so komplex sind, dass sie nicht in einem Spiegelstrich eines mehrseitigen Antrags abgehandelt werden können. Dieser Antrag bringt weder weniger Bürokratie, noch mehr Bürgernähe.

\*\*\*